

881 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

Bericht

des Ausschusses für soziale Verwaltung

über den Einspruch des Bundesrates (843 der Beilagen) gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 12. Dezember 1985 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (41. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz)

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat den gegenständlichen Einspruch des Bundesrates in seiner Sitzung am 31. Jänner 1986 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich die Abgeordneten Dr. Schranz, Dr. Kohlmaier, Dr. Lichal, Renner, Dr. Helene Partik-Pablé, Dr. Schwimmer, Dipl.-Kfm. Dr. Stummvoll und Dr. Puntigam sowie der Bundesminister für soziale Verwaltung Dallinger beteiligten, beschloß der Ausschuß

auf Antrag der Abgeordneten Dr. Schranz und Dr. Helene Partik-Pablé mit Stimmenmehrheit, dem Hohen Hause die Fassung eines Beharrungsbeschlusses zu empfehlen.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

„Der ursprüngliche Beschluß des Nationalrates vom 12. Dezember 1985, mit welchem dem Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (41. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt wurde, wird gemäß Art. 42 Abs. 4 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 wiederholt.“

Wien, 1986 01 31

Renner
Berichterstatter

Dr. Schwimmer
Obmann-Stellvertreter